

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/10

15. Januar 1975

Deutsche Außenpolitik im Jahre 1975

Feststellungen zum Außenpolitischen Kongreß der SPD

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des
SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Wir nicht, Herr Strauß!

Klarstellungen zu China-Äußerungen des CSU-Vorsitzenden

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 3 / 32 Zeilen

Nur Gemeinsamkeit nützt in der Deutschlandpolitik

Ein notwendiges Wort zu einem Artikel des CDU-Abg. Gradl

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreis-
entwicklung (1970 = 100)

Seite 6 / 23 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 66 37 - 38
Telex: 08 08 948 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Deutsche Außenpolitik im Jahre 1975

Feststellungen zum Außenpolitischen Kongreß der SPD

Von Klaus Schütz

Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des SPD-Vorstandes

Egal, ob die Probleme nun Ölchock, Inflation, Rezession, Ost-West-Interessenausgleich oder noch Nord-Süd-Konflikt heißen: Die Bundesrepublik Deutschland kann ihre Probleme 1975 weniger denn je isoliert von der übrigen Welt sehen, und es gibt für uns keine befriedigenden Lösungen, wenn es gleichzeitig unseren Freunden und Partnern in der Welt nicht glückt, ihrer Schwierigkeiten Herr zu werden.

Fast ein Vierteljahrhundert lang konnten wir uns den Luxus leisten, im warmen Nest der verwandten westlichen Mächte unsere eigenen innenpolitischen Angelegenheiten mehr oder weniger ungestört auszubrüten. Die verstärkte Orientierung auf die außenpolitischen Belange entspringt keiner Marotte, sondern sie wurde vom Zwang der Ereignisse diktiert. Ohne diese Neuorientierung allerdings, ohne diesen längst überfälligen Schritt hätte die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr Berlin endgültig den Anschluß an die Weltpolitik verloren.

Die Eröffnung des Außenpolitischen Kongresses der SPD in dieser Woche gibt Anlaß für eine Resümee sozialdemokratischer Bemühungen um Frieden, Stabilität und Sicherheit in Deutschland, in Europa und in der Welt - Bemühungen, die in der heutigen Zeit nicht mehr in wirtschaftliche und wehrpolitische, in soziale und in Sicherheitsfragen nach außen oder nach innen auseinanderdividiert werden können. Politische Krisen bedrohen auch die wirtschaftliche Stabilität; innerer Frieden und innere Sicherheit ergänzen sich mit außenpolitischer Entspannungspolitik.

Sozialdemokratische Außenpolitik - und in dieser Frage sind wir mit unserem liberalen Partner einig - hat unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt die große außenpolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland endlich nicht länger geschaut. Gleichzeitig wurde das freie Berlin vor einer Randexistenz bewahrt und in den Mittelpunkt des weltweiten Normalisierungs- und Ausgleichsprozesses gestellt. Die Stadt ist nicht länger Mittelpunkt von Krisen unmittelbarer und Konfrontationsgefahr.

Das heißt nicht, daß die Kommunisten nach ihrem 25jährigen Nervenkrieg gegen eine standhafte Bürgerschaft ihre Hoffnung aufgegeben hätten, Berlin (West) doch noch eines Tages aus der freien Welt herausbrechen und ihrem System einverleiben zu können. Wir erlauben uns dafür, auch unsererseits ohne Skrupel unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung gegen jeden totalitären Machtanspruch zu vertreten. Darin allerdings geben wir dem 1. Sekretär des ZK der SED Honecker Recht: jegliche Konzession an die ideologische Koexistenz ist und bleibt auszuschließen.

Unverständlich bleibt jedoch die schwachbrüstige Furcht der CDU/CSU vor dem mangelnden Durchsetzungsvermögen freiheitlicher Gesellschaftsordnungen gegenüber totalitären Systemen, die sich in ständigen Angstkomplexen

vor Unterwanderung, Aushöhlung oder Sicherheitslücken äußert. Dieser Minderwertigkeitskomplex der Christlichen Demokraten gegenüber Kommunisten ist möglicherweise einer der Gründe, daß in den letzten fünf Jahren sozialdemokratischer Kanzlerschaft unendlich viel mehr Initiative entwickelt wurde, um außenpolitisches Terrain zu gewinnen, als in den 20 Jahren CDU-geführter Regierungen davor.

Alle CDU-Regierungen haben sich durch eine Gemeinsamkeit ausgezeichnet: Sie sahen untätig zu, wie ein Stück gesamtdeutscher Substanz nach dem anderen verloren ging. Was tat die CDU/CSU in Bonn wirklich dafür, Berlin nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland die Hauptstadtfunktion zu erhalten? Was tat die CDU/CSU gegen die totale Sperrung des gesamtberliner Telefonverkehrs Anfang der 50er Jahre? Was tat sie schließlich gegen das Einreiseverbot West-Berliner Bürger in die DDR?

Die Erfolge, die sich in diesem Jahr in der über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus gerichteten Politik abzeichnen, wiegen schwerer als die drei Jahrzehnte tatenlosen Wehgeschreis, in dem sich die CDU/CSU immer dann übt, wenn sie den Blick nach Osten wendet.

In der Tat müssen sich gewisse Unions-Politiker die Frage stellen lassen, ob sie wirklich nicht wissen, daß sie in ihrem Eifer, dem politischen Gegner zu schaden, die Autorität des Staates selbst und damit seine innen- wie außenpolitischen Interessen attackieren. Unsere demokratischen Gegner sollten sich der kritischen Frage nicht verschließen, ob sie nicht dabei sind - gerade an einer so exponierten Stelle wie Berlin - mit ihrer ständigen destruktiven Haltung gegenüber allen Akten der Zukunftssicherung der Stadt das Fundament anzugreifen, auf dem wir alle als Demokraten bauen müssen.

Von Ostberlin ist dem Senat und der Bundesregierung ein Bündel von interessanten Vorschlägen gemacht worden - jetzt kommt es darauf an, aus diesen Überlegungen Tatsachen zu machen. Am Ende der von der Bundesregierung gemeinsam mit dem Land Berlin getragenen Bemühungen müssen verbesserte Eisenbahnverbindungen zwischen Berlin und dem Bund stehen, es muß eine neue Autobahn zwischen Berlin und dem norddeutschen Raum geben sowie eine technisch weitaus bessere Verbindung zwischen Berlin und Helmtedt.

Wir können auf dem Landweg um eine Stunde, auf dem Wasserweg sogar um viele Stunden näher an das Bundesgebiet heranrücken. Zweifellos, die Opposition wird auch bei der Öffnung des Teltowkanals ein Haar in der Suppe finden, wenn dieses von der DDR angebotene Unternehmen spruchreif wird. Sie wird ebenso den Autobahnbau von Berlin nach Hamburg bekritteln wie die Elektrifizierung oder Verdoppelung der Schienenstränge auf den Transitlinien.

Von der CDU/CSU werden zwar oft und gern die Symbole der Zusammengehörigkeit und der Wiedervereinigung beschworen - was die praktischen Schritte betrifft, ist die Opposition jedoch noch von der gleichen Bewegungsschau gelähmt wie seit 25 Jahren. Einfallslosigkeit und Unfähigkeit zur Tat machen aber noch keine Deutschlandpolitik - auch wenn man seitens der Christlichen Demokraten jahrzehntelang versucht hat, diese Eigenchaften unter dem Etikett einer Politik dieser Art zu verkaufen. (-/15.1.1975/ks/pr)

+ + +

Wir nicht, Herr Strauß !

Klarstellungen zu China-Äußerungen des CSU-Vorsitzenden

Von Kurt Mettack MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, der 1964 noch vergebens an die Tore zum Reich der Mitte geklopfelt hatte, wehrt gegenwärtig die Weisen des kommunistischen China in die Grabstätten seines politischen Weltbildes ein. Bei dieser Tätigkeit überkommt den großen Lehrer aus Bayern - wie das so ist, wenn man sich den Quellen der Erkenntnis nähert - Mitleid über den Unverstand der Zeitgenossen; nicht der chinesischen freilich, mit denen er sich kongenial glaubt. "Uns bewegt die schreckliche Harmlosigkeit und Naivität mancher Menschen in Europa", sprach er bei Tische. Sie betrieben nämlich eine Entspannungspolitik ohne "höchste Wachsamkeit".

Wo ist da "Harmlosigkeit und Naivität" unsererseits, wenn man Entspannung mit der Verhinderung von Krieg gleichsetzt? Es war und ist eine nie in Frage gestellte Maxime der sozial-liberalen Koalition, daß es Entspannung nur auf der Basis der Sicherheit durch ein starkes und funktionierendes Atlantisches Bündnis geben kann und daß speziell die engen Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten USA durch nichts ersetzt werden können. Es wird auch von Kritikern der sozial-liberalen Bundesregierung anerkannt (und bei den Partnern ist dies überhaupt keine Frage), daß die Bundesrepublik - als einer der wenigen Mitgliedstaaten - ihren Verpflichtungen in der NATO mustergültig nachkommt. Weiter stehen auch konservative Verteidigungsexperten nicht an, festzustellen, daß die Bundeswehr nie eine so hohe Qualität hatte wie heute, und daß sie zu den schlagkräftigsten konventionellen Streitkräften der Welt zählt.

Wenn Strauß, wie er sagt, glaubt, daß "das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts stürmischer sein wird als die Jahre 1950 bis 1975", und wenn er sich denn des Satzes bedient: "Wenn du den Krieg willst, dann tue so, als ob du den Frieden vorbereitest", dann können wir nur fragen, ob er die stürmischen Zeiten, die er voraussieht, mit kriegerischen Mitteln bestehen will.

Wir nicht!

(-/15.1.1975/ks/pr)

+ + +

Nur Gemeinsamkeit nützt in der Deutschlandpolitik

Ein notwendiges Wort zu einem Artikel des CDU-Abg. Gradl

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Solange Johann Baptist Gradl deutschlandpolitischer Sprecher der CDU war (er hat sich übrigens nie als solcher bezeichnen lassen, er war es durch seine Persönlichkeit), war von Seiten der CDU jenes Maß an Gemeinsamkeit erkennbar gewesen, das eigentlich im Interesse der Deutschen in ihren uraltesten Fragen gesichert sein sollte. Gradl hat zwar seine und seiner Partei Positionen immer mit Nachdruck vertreten und war dabei niemals zimperlich. Er suchte aber stets noch eine Brücke, die von allen gemeinsam betreten werden konnte. Statt auf seine Erfahrungen aufzubauen und sich seines Rates zu bedienen, hat man ihn schließlich in der eigenen Partei in die Ecke gedrängt, obwohl er das um sie sicherlich nicht verdient hat.

In diesen Tagen hat er sich nun in einem Artikel unter der Überschrift "Die deutsche Frage muß lebendig bleiben" zu dem ihn leidenschaftlich bewegenden Thema in einer Art und Weise geäußert, von der sich manche der selbsternannten Deutschlandsprecher seiner Partei eine Scheibe abschneiden können. Sie dürften es um so sehr, als Gradl ja ein Mann ist, der seine Erfahrungen mit der SED nicht im Schattenboxen gesammelt hat, sondern in unmittelbarer Erfahrung. Wenn Gradl schreibt: "Es ist nicht selbstverständlich, daß das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl und der Wille zur Zusammengehörigkeit über Jahrzehnte hinweg lebendig bleiben. Die Politiker können, wie man zu sagen pflegt, die deutsche Frage recht-

lich offen halten. Das muß natürlich sein. Aber man würde sich selber etwas vormachen, wenn man Rechtavorbehalte für eine ausreichende Antwort hielte", dann umreißt er damit heergenaue die Motive, die eine der entscheidendsten Komponenten der Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition sind. Er trifft ihre Anliegen hier genau so wie mit der Aufforderung an weite Bevölkerungskreise, von der gebotenen Möglichkeit zu mehr Besuchen im anderen Teil Deutschlands Gebrauch zu machen, um damit "den Menschen dröben das verbitternde Gefühl zu nehmen, sie würden allein gelassen und vergessen". Besonders aber findet Gradl unsere Zustimmung, wenn er zu der Feststellung kommt: "Es geht dabei schlicht darum, durch Präsenz Verbundenheit zu zeigen - in Weimar, in Dresden, in Neuruppin und anderswo.... Es geht dabei nicht um politische Demonstration."

Hier wird eine Sprache gesprochen, die das Verbindende sucht und die selbst über das Bestehen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme hinweg möglichst viel an Gemeinsamkeiten erhalten möchte. Die Frage ist nur, ob Gradl damit in seiner eigenen Partei noch Wiederhall findet. Fast muß man fürchten, daß man ihm schadet, wenn man ihn lobt, denn die CDU-Deutschlandpolitiker aus dem Kreise Jakob Kaiser und Ernst Lemmer sind heute in der CDU/CSU mehr als rar. Das ist es, was die Deutschlandpolitik in vielem zu einem Gespräch unter Tauben macht. Die, die sich in der Union heute Deutschlandpolitiker nennen, haben es bis heute noch nicht begriffen, daß das Deutschland von 1975 ein anderes ist als das von 1961 oder 1962 oder gar noch früher. Konrad Adenauer hatte das noch vor seinem Tode eingesehen. Aber seine Epigonen begreifen das nicht. Vielleicht muß man dazu erst die Überlegenheit des Alters haben. Gradl beweis es. Warum sollten wir das auch als seine politischen Gegner nicht einmal feststellen!

(-/15.1.1975/bgy/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung (1970 = 100)

(BfWi, Bonn) - Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

	1971	1972	1973	1974			
				1. bis 3. Okt. Quartal	Nov.	Dez.	
Bundesrepublik (I)	+ 5,8	+ 5,5	+ 5,9	+ 7,1	+ 7,1	+ 6,5	+ 5,9
Bundesrepublik (II)	+ 5,1	+ 5,3	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,8	+ 6,4	+ 6,1
Belgien	+ 4,3	+ 5,5	+ 7,0	+11,6	+15,8	+16,3	+15,7
Dänemark	+ 5,8	+ 6,6	+ 9,3	+14,9	+16,8	+16,8	
Frankreich	+ 5,5	+ 6,2	+ 7,3	+13,2	+14,9	+14,9	
Großbritannien	+ 9,4	+ 7,1	+ 9,2	+15,3	+17,1	+18,3	
Irland ¹⁾	+ 8,9	+ 8,7	+11,4	+15,9		+20,0	
Italien	+ 4,8	+ 5,7	+10,8	+17,2	+24,3		
Luxemburg	+ 4,7	+ 5,2	+ 6,1	+ 9,0	+10,8	+11,4	+11,2
Niederlande	+ 7,6	+ 8,0	+ 8,1	+ 9,4	+10,9	+11,2	
Norwegen	+ 6,2	+ 7,2	+ 7,5	+ 9,1	+10,3	+10,5	
Österreich	+ 4,7	+ 6,3	+ 7,6	+ 9,5	+10,0	+ 9,4	
Portugal	+11,9	+10,7	+12,9	+26,1	+31,3 ⁺		
Schweden	+ 7,4	+ 6,0	+ 6,7	+ 9,3	+12,1		
Schweiz	+ 6,6	+ 6,7	+ 8,7	+10,1	+ 9,8	+ 9,0	
Japan	+ 6,1	+ 4,5	+11,7	+24,4	+26,2	+25,8	
Kanada	+ 2,9	+ 4,8	+ 7,6	+10,5	+11,6	+12,0	
USA	+ 4,3	+ 3,3	+ 6,2	+10,8	+12,2	+12,1	

(I) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

(II) Preisindex für die Lebenshaltung mittlerer Arbeitnehmerhaushalte

1) vierteljährliche Erhebung

+) September

Quelle: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank

(Veröffentlichung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 15. Januar 1975.)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller